

Präsentation beim Sachverständigengespräch des Parlamentarischen
Untersuchungsausschusses 6/1 des Landtages Brandenburg:

„Organisierte rechtsextreme Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum
Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“

auf Grund des Beweisbeschlusses vom 12. Juli 2016 zum Thema

Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute

Fragen:

1. Welches gesellschaftliche Lagebild lässt sich für das Land Brandenburg zum Thema organisierte rechte Gewalt umreißen? Welches Bild wurde von brandenburgischen Sicherheitsbehörden in der Zeit 1991 bis einschließlich 2011 vermittelt?
2. Welche Bedeutung kann hierbei Gruppierungen wie ‚HAMMERSKINS‘, ‚BLOOD & HONOUR‘, ‚THÜRINGER HEIMATSCHUTZ‘, ‚NATIONALISTISCHE FRONT‘, ‚KU-KLUX-KLAN‘, ‚NATIONALE BEWEGUNG KÖNIGS WUSTERHAUSEN‘¹, ‚VANDALEN‘, ‚ARTGEMEINSCHAFT‘, ‚HDJ‘, ‚BEWEGUNG NEUE ORDNUNG/SCHUTZBUND DEUTSCHLAND‘, ‚DIE NATIONALEN E.V.‘, ‚BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG‘ und ‚MÄRKISCHER HEIMATSCHUTZ‘ beigemessen werden? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
3. Ab wann wurden Anzeichen für terroristische und massive Kapitalverbrechen, wie sie durch den NSU begangen wurden, öffentlich wahrgenommen? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
4. Welche Verbesserungen zur möglichen Wahrnehmung und Aufklärung des Potentials organisierter rechter Gewalt sind möglich?

¹ Unter diesem Namen nicht bekannt. Es existierten NATIONALREVOLUTIONÄRE ZELLEN (NRZ) mit Schwerpunkt in Königs Wusterhausen und eine NATIONALE BEWEGUNG in Potsdam, zu beiden Gruppen siehe unten.

Vortrag

– *Es gilt das gesprochene Wort!* –

[Folie 1]

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren,

[Folie 2]

Sie haben uns Sachverständigen vier Fragen vorgelegt, und um Redundanzen zu vermeiden, werde ich mir erlauben, den jeweils zweiten Teil der Frage, nämlich nach dem konkreten Verhalten der Sicherheitsbehörden, unberücksichtigt zu lassen. Vielmehr möchte ich versuchen, die Entwicklung organisierter rechter Gewalt in Brandenburg aus politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Perspektive in groben Zügen nachzuzeichnen.²

² Vgl. zur Übersicht: Christoph Kopke, Die „nationale Bewegung“ in Brandenburg. Rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990. Ein Überblick, in: Julius H. Schoeps et al. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Mit einem Vorwort von Jörg Schönbohm, Berlin 2007, S. 69-89; Svenna Berger/Christoph Schulze, Zwischen Parlament, Militanz und Lifestyle. Eine kurze Geschichte extrem rechter Organisation im Land Brandenburg, in: Opferperspektive e. V. (Hg.), Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, Münster 2015, S. 29-45; Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin/Brandenburg: be.bra 2016. – Sofern es der Parlamentarische Untersuchungsausschuss für nötig oder wünschenswert hält, besteht die Möglichkeit, an der Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des MMZ zu den einzelnen in Frage 2) erwähnten oder zu weiteren relevanten rechtsextremistischen Organisationen detailliertere Profile zu erarbeiten. Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen am MMZ für die Unterstützung bei der Ausarbeitung dieses Sachverständigengutachtens.

I.

[Folie 3]

In Frage 1) erbitten Sie ein Lagebild zu organisierter rechtsextremer Gewalt im Land Brandenburg. Das Rechtsextremismus-Phänomen hat ja verschiedene Ausprägungen, von denen Gewalt nur eine Dimension darstellt. Dabei wird sowohl Gewalt gegen Sachen als auch gegen Menschen angewendet. Diese bewegt sich in einem Kontinuum zwischen völlig spontanen bzw. situativen Gewalt-Handlungen und langfristig vorbereiteten terroristischen Attentaten.

[Folie 4]

Ich möchte hier keine ausgefeilte wissenschaftliche Definition geben. Doch um von *organisierter* politischer Gewalt sprechen zu können,³ müssen immerhin folgende Charakteristika gegeben sein:

- eine bewusste politische Zielsetzung,
- eine mindestens grobe Vorauswahl der Zielobjekte,
- Elemente planhafter Vorbereitung etwa in technischer oder logistischer Hinsicht
- die Beschaffung von Tatmitteln vor Beginn der eigentlichen Gewalthandlung;
- typischer Weise geht organisierte politische Gewalt von einem Gruppenzusammenhang von drei oder mehr Personen aus.⁴

³Auch wenn Ziel und Funktion organisierter rechter Gewalt als „Terror“ beschrieben werden können, sollte Terrorismus im engeren Sinne als Sonderform organisierter politischer Gewalt verstanden werden. So sollte bspw. die so genannte Gubener Hetzjagd 1999 (vgl. Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.): Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben, Hamburg/Münster 2001; Hajo Funke, Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin 2002, S. 27ff.) nicht als spontane, sondern eben als organisierte politische Gewalt verstanden werden, die darauf abzielte, Schrecken zu verbreiten. Als „terroristisch“ kann man sie indes m.E. nicht bezeichnen.

⁴ Seit sowohl im Bereich des islamistischen Terrorismus als auch im Rechtsextremismus vermehrt echte Einzeltäter aufgetreten sind, wird in Ergänzung älterer Definitionen der Gruppenzusammenhang in der Zwischenzeit nicht mehr als notwendiges Kriterium des Terrorismus gesehen. Vgl. bspw. Florian Hartleb, Die Lehren aus dem Fall Breivik: Einsamer Wolf-Terrorismus als Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus, in: JET (20131), S. 229-261. Für schwächere Formen organisierter politischer Gewalt gilt der Befund analog.

Rechtsextreme und rassistische Gewalt im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg hat es bereits vor 1989 gegeben. Doch erst im Lauf der 1990er wurde aus der diffusen rechten „Skinhead-Subkultur“ der späten DDR eine rechtsextreme politische Bewegung.⁵ Einen entscheidenden neuen Impuls erhielten diese Bestrebungen seit Anfang 1990 durch das Auftreten organisierter neonazistischer Akteure, die auf langjährige Erfahrungen in der alten Bundesrepublik zurückgreifen konnten. Im Land Brandenburg sind besonders die Deutsche Alternative (DA) und die NATIONALISTISCHE FRONT (NF)⁶ hervorzuheben.

⁵ Diese Entwicklungen habe ich in zwei Aufsätzen analysiert, auf die ich verweisen darf: Gideon Botsch, From Skinhead Subculture to Radical Right Movement: The Development of a ‘National Opposition’ in East Germany, in: Contemporary European History (CEH), Volume 21, Issue 4, November 2012, pp. 553-573; ders., Vor Hoyerswerda. Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 45-61.

⁶ Mit Blick auf die in Frage 2) erwähnte NF verweise ich auf meine Texte: Gideon Botsch, Nationalistische Front, in: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Hg. v. Wolfgang Benz. Band 8: Nachträge und Register, Berlin: de Gruyter Saur 2015, S. 252-254; ders., „Schluß mit dem Holocaust“. Der Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Kontext rechtsextremer Geschichtspolitik, in: Christoph Kopke (Hg.), Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Hg. im Auftrag des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Berlin: Metropol 2014, S. 40-52; ders., „Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde“. Die Nationalistische Front als Kadenschule für Neonazis, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda, S. 74-97.

[Folie 5]

Insoweit sich Ihre Frage zu 1) auf den Zeitraum 1991-2011 bezieht, lässt sich diese Zeit in fünf Abschnitte unterteilen:

1991-1992: Massive rechtsextreme Gewaltwelle, mit sowohl spontaner als auch organisierter Gewalt (teilweise in Fortsetzung von Gewalttaten und rechtsextremen Mobilisierungen, die Ende 1989 einsetzten);

1993-1995: Langsamer Rückgang rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten bei gleichzeitiger Auflösung organisatorischer Strukturen, die teils durch Verbote und andere repressive Maßnahmen erzwungen wurden;

1996-1999: Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und Netzwerke, ideologische und sachliche Vorbereitung auf schwere und auch terroristische Gewalttaten. Ich möchte in diesem Zusammenhang von einer proto-terroristischen „Latenz-Phase“ sprechen;

2000-ca. 2007: Hoher Stand politisch motivierter, rechter Gewalttaten, begleitet von (proto-) terroristischen Aktivitäten im Land Brandenburg;

2008-2011: Relativ geringes Gewaltaufkommen; organisierte Aktivitäten finden v.a. im Kontext der NPD und Jungen Nationaldemokraten oder aber regional begrenzt, besonders im Südosten des Landes, statt.

Den Höhe-, aber auch Wendepunkt rechtsextremer Mobilisierung bildet das Jahr 1992. Neben erfolgreichen, unmittelbar politischen Kampagnen fand diese Mobilisierung zunehmend im lebensweltlich geprägten, subkulturellen Umfeld statt, besonders in der Skinhead-Subkultur. Ein herausragendes Ereignis war das in diesen Kreisen „legendäre“ Konzert „Rock gegen Kommunismus“ Ende Mai 1992 bei Brandenburg a. d. H. mit fast 1.500 Teilnehmern.⁷

⁷ Vgl. Marie Kwiatek/Michael Weiss, White Power Skinheads. Das Netzwerk von Blood & Honour Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 125-138.

Eine Wende zeichnete sich nach dem antisemitischen Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Herbst 1992 ab.⁸ Ab ca. 1993 geriet die rechtsextreme Szene dann zunehmend unter Druck sowohl seitens zivilgesellschaftlicher Kräfte als auch staatlicher Behörden, etwa durch Parteiverbote, aber auch in eine interne organisatorische Krise.

Doch ab 1996 gelang den Akteuren im rechtsextremen Lager nach und nach eine organisatorische und politische Regeneration. Deren Bedingungen müssen uns in besonderem Maße beschäftigen. Denn mit Abschluss dieser Phase entstand um die Wende zu den 2000ern eine brandgefährliche Situation, in der auch unser Bundesland sich hart am Rande des Rechtsterrorismus befand. Ich darf hier nur auf die (proto-) terroristischen Aktivitäten von Gruppierungen wie den NATIONALREVOLUTIONÄREN ZELLEN (Königs Wusterhausen),⁹ der NATIONALEN BEWEGUNG (Potsdam),¹⁰ des Freikorps Havelland verweisen und zudem an die teils engen Verbindungen vergleichbarer auswärtiger Gruppen nach Brandenburg erinnern, wie sie bspw. im Zusammenhang mit dem Plan eines Anschlags auf die Grundsteinlegung der Münchener Synagoge 2003 offenbar wurden.¹¹

Noch bis Mitte der 2000er waren erhebliche, besorgniserregende Vorgänge in Brandenburg zu beobachten. In den Jahren 2003 und 2004 kam es, begleitend zu den Anschlägen des Freikorps Havelland, zu einer solchen Häufung von Übergriffen auf ausländische Imbissbuden und Gastronomie-Betriebe, dass man schon von systematischem Vorgehen sprechen muss.¹²

⁸ Vgl. Kopke (Hg.), Angriffe.

⁹ Vgl. Maik Baumgärtner, „Sieg oder Walhalla“. Die unaufgeklärten Taten der Nationalen Bewegung, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 159-167.

¹⁰ Vgl. Heike Kleffner, „Auf vollständige Aufklärung warten wir immer noch“. Eine Spurensuche: Carsten Szczepanski und die United Skins, in: dies./Spangenberg (Hg.), Generation, S. 98-124, hier: S. 118ff.

¹¹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), S. 58-101, hier: S. 74ff. (FK Havelland), S. 76ff. (München).

¹² Vgl. Thomas Bürk-Matsunami/Beate Selders, Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg. Ein Forschungsbericht, <http://www.opferperspektive.de/publikationen/studie-rechte-gewalt-gegen-auslaendische-imbissbuden-in-brandenburg> (letzter Zugriff: 17.10.2016).

2005 kündigten Potsdamer Neonazis einen „Summer of hate“ an. Sie verübten mehrere schwere Übergriffe auf politische Gegner, in etwa zeitgleich mit den NSU-Morden am 9. Juni in Nürnberg an Ismail Yaşar und am 15. Juni 2005 in München an Theodoros Boulgarides. Ich nenne diese Akte organisierter Gewalt, um Ihnen zu verdeutlichen, dass im Zeitraum der Mord- und Anschlagsserie des NSU auch in Brandenburg ein erhebliches Bedrohungspotential bestand – und auch keineswegs bloß latent blieb.

Nach 2007 – dem Jahr, in dem der NSU mit der Hinrichtung der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn am 25. April seinen letzten bislang bekannt gewordenen Mord begangen hatte –, beruhigte sich auch im Land Brandenburg die Situation etwas. In letzter Zeit nahmen im Gefolge der flüchtlingsfeindlichen Kampagnen der AfD und anderer Akteure sowie der Straßenproteste auch wieder Gewalttaten zu,¹³ die teilweise in einem organisierten Kontext zu sehen sind, und es wurden auch in Brandenburg gezielt Anschläge verübt.¹⁴

Ich darf besonders auf die zeitlichen Parallelen zum NSU-Komplex aufmerksam machen. Die „Latenz-Phase“, in der die späteren terroristischen und proto-terroristischen Gewalttaten quasi vorbereitet wurden, entspricht ziemlich exakt der Phase, in der der NSU aus der Legalität heraus im Rahmen der Kameradschaft Jena bzw. des THÜRINGER HEIMATSCHUTZES agierte bzw. zwar bereits in die Illegalität abgetaucht war, aber noch nicht zu terroristischen Taten schritt.

¹³ Die Gewaltdelikte nach PMK-rechts bewegen sich zwischen 2007 und 2011 nach unten und steigen seit 2012 tendenziell wieder an. Diese Zahlen geben Hinweise, aber keine verlässliche Auskunft über die *organisierte* rechte Gewalt. Vgl. Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2015. Pressekonferenz des Ministers des Innern des Landes Brandenburg am 18. März 2016 in Potsdam, <http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.438574.de> ; vgl. auch <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/03/mehr-politisch-motivierte-gewalt-in-brandenburg.html> (letzte Zugriffe: 02.11.2016). – Einen deutlichen Rückgang im Jahr 2008 gegenüber 2007 und niedrigere Werte für die folgenden Jahre registriert auch die Gewalttaten-Statistik der Opferperspektive e.V., auch wenn sie mit der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht direkt vergleichbar ist. Vgl. <http://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalttaten-in-brandenburg> (letzter Zugriff: 17.11.2016).

¹⁴ Vgl. Aktionsbündnis gegen Gewalt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Flüchtlingsfeindliche Kampagnen in Brandenburg, Potsdam 2016. Online verfügbar <http://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/sites/default/files/DemosInBrandenburg2015.pdf> (letzter Zugriff: 02.11.2016).

Die Phase der proto-terroristischen Gewalt setzt auch in Brandenburg ziemlich parallel mit den rassistischen Tatserien des NSU ein, und das Abebben der Gewalt lässt sich dann auch wieder parallel zu deren Ende feststellen. Daraus darf natürlich kein unmittelbarer Zusammenhang konstruiert werden, aber es scheint mir doch wichtig, diese zeitliche Parallelität im Blick zu behalten. Ich möchte daher, in Beantwortung Ihrer zweiten Frage und bezüglich der dort genannten Organisationen, die Prozesse in der Latenz-Phase seit 1996 etwas genauer in den Blick nehmen.

II.

[Folie 6]

Vergegenwärtigen Sie sich nochmals die Situation in Brandenburg und bundesweit um die Mitte der 1990er Jahre.

Beginnend mit den großen Demonstrationen in Sachsenhausen Ende September und Anfang Oktober 1992, regten sich immer öfter öffentliche Proteste gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Nach und nach formierten sich zivilgesellschaftliche Kräfte und politische Initiativen, welche die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch in entlegeneren Regionen des Landes unterstützten. Die staatlichen Behörden, die sich ja teilweise noch im Aufbau befunden hatten, fingen nun an, zielgerichtet zu intervenieren. Dies gilt insbesondere für die Polizei, die den Repressionsdruck erhöhte, aber auch für die Staatsanwaltschaft, wo 1996 Herr Dr. Rautenberg das Amt des Generalstaatsanwalts übernahm.¹⁵

[Folie 7]

Seit Ende 1992 waren neonazistische Organisationen verboten worden, so 1992 die NF und die DA, 1994 die Wiking Jugend und 1995 die FAP; im selben Jahr außerdem im Land Brandenburg die NF-Nachfolgeorganisation Direkte Aktion Mitteldeutschland. Etliche Aktivisten, besonders Gewalttäter, befanden sich in Haft. Die NPD als älteste und stabilste rechtsextreme Partei befand sich bundesweit noch in einer tiefen Krise, die in anhaltenden Führungsstreitigkeiten zum Ausdruck kam; in Brandenburg war sie nie besonders einflussreich.¹⁶

¹⁵ Vgl. Christoph Kopke, Polizei und militanter Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg, Generation, S. 170-180; „Ich habe immer damit gerechnet, dass es einen organisierten Rechtsterrorismus geben könnte“. Erardo Christoforo Rautenberg im Gespräch mit Heike Kleffner und Anna Spangenberg, in: ebd., S. 212-223.

¹⁶ Vgl. Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie, Struktur, Frankfurt a. M. 1999.

Auch das internationale Rechts-Rock-Netzwerk war 1993 in eine Krise und heftige Richtungsstreitigkeiten geraten. Einerseits expandierte der Rechts-Rock-Sektor erheblich, andererseits begannen auch die deutschen Behörden, dieses Bedrohungspotenzial ernst zu nehmen und ihm mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. Anfang 1993 starteten die ersten groß angelegten, bundesweiten Ermittlungsverfahren gegen Bands, Verlage, Musiker und Versanddienste. In Brandenburg betraf dies offenbar nur das Fanzine „United Skins“ von Carsten Sz., der damals noch nicht als V-Mann PIATTO bei der Brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde geführt worden sein soll. Ob ihn bereits ein anderer Dienst angesprochen hatte, ist nach meinem Kenntnisstand immer noch nicht geklärt.¹⁷

Unter diesem Druck kristallisierten sich aus der Masse der jungen Menschen, die zu Beginn der 1990er von der radikalnationalistischen Mobilisierungswelle berührt worden waren, mit Beginn der proto-terroristischen Latenz-Phase ab 1996 gesinnungsfeste Kerne rechtsextremer Aktivisten heraus.

Mit Blick auf den gewaltbereiten Neonazismus lassen sich als Charakteristika dieser Phase beschreiben:

[Folie 8]

- Verfestigung rechtsextremistischer Gesinnungskerne im lokalen Rahmen
- Zusammenfassung zu regionalen Dachstrukturen bei Kontaktaufnahme zu überregionalen, teils internationalen rechtsextremen Netzwerken
- Ideologisierung im völkisch-neorassistischen Sinn
- Radikalisierung
- Intensivierung der Gewalt, Bewaffnung, proto-terroristische Tendenzen

¹⁷ Vgl. Christian Dornbusch/Jan Raabe, 20 Jahre RechtsRock. Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur, in: dies. (Hg.), RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 19-50, hier: S. 39. – Manche Beobachter vermuten, dass Carsten Sz. bereits zuvor von einer anderen Behörde als V-Mann geführt wurde, vgl. v. a. Dirk Laabs, Die V-Mann-Karriere des Carsten Szczepanski, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda, S. 181-197.

Diese Prozesse lassen sich anhand des so genannten Rechts-Rock gut studieren.¹⁸ Christian Dornbusch und Jan Raabe, als die vermutlich besten Kenner, sprachen für die Zeit ab Mitte der 1990er von „eklatante[n] Veränderungen in der Skinhead- und RechtsRock-Szene“. Während einerseits eine „breite Hörerschaft“ entstanden sei, hätte die Repression zur Herausbildung „klandestiner Strukturen“ geführt, die „ehedem politisch aktiven Skinheads“ sich „enger und verbindlicher zusammengeschlossen. Ausdruck dessen war unter anderem die lokale Selbstorganisation in Vereinen“. Hierzu wäre bspw. die Kameradschaft „United Skins“ um Carsten Sz. zu rechnen. Ein anderes Konzept verfolgte demnach die 1994 gegründete deutsche Sektion des internationalen neonazistischen Netzwerkes BLOOD & HONOUR, als sie sich unter „bundesweiter Koordinierung [...] durch die Gründung regionaler Sektionen ab Mitte der 1990er zunehmend“ ausgedehnt habe.¹⁹

Ein genaues Datum für den Beginn der Tätigkeiten in Brandenburg²⁰ liegt mir nicht vor. Maßgebliche Bands, so insbesondere die verbotene Formation „Landser“, die den VANDALEN nahestand und als Berlin-Brandenburger Bandprojekt gelten kann, und die Potsdamer Band „Proissenheads“ bildeten sich zwar bereits in der ersten Hälfte der 1990er, kamen aber erst mit Unterstützung des B&H-Netzwerkes zu voller Wirkung.

¹⁸ Vgl. Gideon Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001), S. 335-344, S. 339: „Die Radikalisierung zeigt sich [...], wenn man Texte und Layout der neueren Produkte feiner sezziert. Generell wandelt sich die Botschaft von Äußerungen einer allgemeinen rechtsextremen Orientierung hin zu einer mehr und mehr geschlossenen neo-nationalsozialistischen Ideologie, von diffusem xenophoben Haß zu einem völkischen Neo-Rassismus“. – Mein Befund stützte sich neben der Auswertung textueller Erzeugnisse des Rechts-Rock auch auf eine empirische Studie, deren Grundlage eine Befragung von Jugendlichen in Brandenburg bildete. Die Autoren konstatierten, „dass es offenbar Unterschiede zwischen der Suche nach ‚normalen Schlägereien‘ und dem Ausüben politisch motivierter Gewalt gibt – Unterschiede, die über ein bloßes ‚Mehr‘ an Gewalt hinausgehen und darauf hindeuten, dass hier auch explizit politische Vorstellungen eine Rolle spielen“ (zit. aus: Dietmar Sturzbecher/Detlef Landua, Jugendliche und die Anziehungskraft rechter Ideologien, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“ (GMH), 11/2000, S.625-636, Zitat: S. 631).

¹⁹ Dornbusch/Raabe, 20 Jahre, S. 41.

²⁰ Auch der Verfassungsschutz bleibt vage: „Seit etwa 1994 gibt es im Land Brandenburg [...] eine Sektion der ‚Blood & Honour“-Bewegung“ (Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.), Verfassungsschutzbericht 1996. Land Brandenburg, Potsdam 1997, S. 36). – Zum Folgenden vgl. Kwiatek/Weiss, White Power; Christian Dornbusch/Jan Raabe, Mit Musik geht alles besser? Rechtsextreme Mobilisierungs- und Rekrutierungsversuche in Jugend- und Musikszene, in: Schoeps et al. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg, S. 113-124.

Die Jahre 1997/98 bezeichnen Kwiatek und Weiss [in „Generation Hoyerswerda] als „Höhepunkt“ von B&H in Deutschland.²¹ Zu diesem Zeitpunkt haben B&H-Strukturen in Brandenburg bereits bestanden. Auffallend ist, dass sich in unserem Bundesland gleich zwei regionale Sektionen bildeten: die eng mit Berlin vernetzte Sektion Brandenburg, zu der auch die „Proissenheads“ um Uwe „Uwocest“ M. zu rechnen sind, und die im Südosten aktive Sektion Südbrandenburg um die Band „Senfheads“ aus Senftenberg. Fanzine und Kameradschaft „United Skins“ von Carsten Sz. bzw. PIATTO wurden nicht geschlossen in die B&H-Organisation überführt, müssen aber zu deren Netzwerk gerechnet werden. So erklären sich die engen Kontakte von Sz. und anderer Brandenburger Neonazis nach Chemnitz u.a. aus Verbindungen zum dortigen B&H, dessen engerer Kern dann mithilfe, das Leben des NSU-Trios im „Untergrund“ zu organisieren.

[Folie 9]²²

Diese engen Beziehungen zwischen Brandenburg, Sachsen und anderen Ländern sind z. B. in einschlägigen Fanzines gut dokumentiert; der Auszug aus dem Potsdamer B&H-nahen Fanzine „Donnerbalken“ von 1996, den Sie hier sehen, soll das nur beispielhaft illustrieren, ohne dass ich jetzt näher darauf eingehen möchte.

²¹ Kwiatek/Weiss, White Power, S. 133. – Über die Rolle der in Frage 2) erwähnten „HAMMERSKINS“ im Land Brandenburg ist noch wenig bekannt.

²² Donnerbalken. Potsdamer Szeneruf, Nr. 4, undat. [1996]. Quelle: Antifaschistisches Pressearchiv Berlin e. V. (Apabiz)/Kopie im Bestand: MMZ Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus. – Bei der abgebildeten „Mandy aus Sachsen“ dürfte es sich um Mandy S. handeln, die damals vermutlich noch in Johannegeorgenstadt, seit 1997 in Chemnitz lebte und unter hinter deren Identität sich Beate Zschäpe phasenweise versteckte. Im selben Heft findet sich auch ein Konzertbericht von „Manole“ aus Zwickau, d.i. Ralph M., den das Bundesamt für Verfassungsschutz als V-Mann „Primus“ geführt haben soll und dem Unterstützungshandlungen für den NSU im Untergrund nachgesagt werden.

In Brandenburg und anhand der berlin-brandenburgischen und brandenburgisch-sächsischen B&H-Verbindungen lässt sich die allgemeine Tendenz dieser prototerroristischen Latenzphase gut verdeutlichen. Sowohl die Liedtexte, das äußere Erscheinungsbild und Auftreten, die Fanzine-Inhalte, als auch die eher intern ventilierten Botschaften sprechen für eine massive Ideologisierung und Fanatisierung des rechtsextremen und neonazistischen Milieus. Die im B&H-Kontext geknüpften Kontakte spielen hier eine maßgebliche Rolle.

So erhielten die BLOOD & HONOUR-Aktivisten innerhalb Deutschlands engere Anbindung an die tradierten Netzwerke im Kern des post-faschistischen rechtsextremen Milieus. Dies geschah etwa über die Rechtsberatung, die sich die Nazi-Skinhead-Netzwerke bei bekannten Szene-Anwälten einholten. Dabei spielte das Deutsche Rechtsbüro eine besondere Rolle, das seit längerem über ein Postfach in Birkenwerder, Landkreis OHV zu erreichen ist.²³ Christoph Kopke sieht einen Schwerpunkt des DRB in der „Sammlung und Dokumentation der Rechtslage im Bereich der ‚Rechtsrock‘-Szene.“ Damit sollen die „in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden und Jugendschutzeinrichtungen, die Verbreitung von ‚Hass-Musik‘ einzudämmen, entgegengewirkt werden.“²⁴ Es darf insofern nicht verwundern, dass das DRB 2002 auf der Empfängerliste der sog. NSU-Spende stand; Ermittlungen in diese Richtung sind aus mir unbekanntem Gründen offenbar nicht ernsthaft verfolgt worden.²⁵ Auch bei der Durchsuchung des Zimmers von Uwe Böhnhardt im Januar 1998 soll eine Broschüre „Das Deutsche Rechtsbüro informiert“ aufgefunden worden sein.

²³ Wohl erstmals 1996 soll ein Berliner Postfach auf den Namen von Richard M., Aktivist bei DIE NATIONALEN E.V. und Ansprechpartner für das DRB, verwendet worden sein, später dann ein ebenfalls auf ihn angemeldetes Postfach in Birkenwerder.

²⁴ Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 83f.

²⁵ Vgl. Christian Unger, Die geheimen Spenden des NSU, in: Die WELT v. 23.8.2013 (online-Ausgabe https://www.welt.de/print/welt_kompakt/article119301917/Die-geheimen-Spenden-des-NSU.html, zuletzt besucht: 01.11.2016)

Die Kontakte in diese Milieus dürften auch zur Anknüpfung oder Verfestigung von Verbindungen zu inneren Kernstrukturen des völkisch-rassistischen und neonazistischen Milieus geführt haben, möglicherweise etwa zur in Frage 2) erwähnten ARTGEMEINSCHAFT.

Neben diesen Verbindungen in Deutschland ermöglichte die Einbindung der Aktivisten der Rechts-Rock-Szene in die BLOOD & HONOUR-Strukturen Kontakte zu internationalen Neonazi-Netzen, die in den USA schon seit Jahrzehnten, in Großbritannien oder Schweden mindestens seit mehreren Jahren in Richtung terroristischer Aktivitäten wiesen. In diesen Ländern waren die Ideen zur Bildung kleiner, relativ autonom agierender, aber auf ein Netzwerk aufbauender Untergrund-Zellen bereits vorangeschritten, teils war man zur Tat übergegangen.

Im Kommunikationsraum, den die von BLOOD & HONOUR gesteuerten oder mit dem Netzwerk verbundenen Medien und Fanzines bildeten, wurden diese Konzepte unter dem Label „Combat 18“ auch in Deutschland verbreitet. In Brandenburg geschah dies beispielsweise in den Zirkularen „Der Weiße Wolf“ und „United Skins“ von Carsten Sz. bzw. PIATTO. Zu nennen wäre aber auch der „Nationale Beobachter“ aus Frankfurt a. d. Oder.²⁶

„Uwocaust“ M. sowie der Brandenburgische Sektionschef von BLOOD & HONOUR, Dirk H., reisten im Frühjahr 1997 in die USA.²⁷ Mit ihnen fuhr der Kern der Chemnitzer B&H-Aktivisten, aus denen sich ab dem folgenden Jahr auch die Unterstützernetze des NSU bildeten. Mit Thomas St. dürfte mindestens eine V-Person – in diesem Fall des Berliner LKA – mitgereist sein. Ob sich unter den insgesamt elf Teilnehmern der Reise auch V-Leute brandenburgischer Behörden befanden, ist mir nicht bekannt. Durch die Vorbilder in den USA ermuntert und angeregt, setzte seit ca. 1997 auch in Deutschland eine

²⁶ Vom Nationalen Beobachter Frankfurt a. d. O. und dem dortigen Nationalen Presse-Archiv gibt es eine direkte Linie zu Uwe Mundlos. Norbert P. aus dem Kreis des Nationalen Beobachters soll mit ihm zusammen den Aufbau eines Nationalpolitischen Forums vorbereitet haben. Vgl. Botsch, Nationalismus, S. 96.

²⁷ Vgl. Kwiatek/Weiss, White Power Skinheads, S. 130.

zunehmende Bewaffnung, man kann fast sagen: Tendenz zur Militarisierung der deutschen BLOOD & HONOUR Netzwerke ein, wobei Brandenburg keineswegs am Rand stand. Ich verweise hier insbesondere auf Waffen und Sprengstoff, die die Polizei im Sommer 2000 im Umfeld der Gruppen um Carsten Sz. aus Königs Wusterhausen und Uwe M. aus Potsdam auffand.²⁸

In gleicher Richtung wie die Entwicklung im Rechts-Rock verliefen die Prozesse im neonazistischen Kameradschafts-Spektrum. Dessen Regeneration erfolgte, zeitgleich zu den Entwicklungen im Skinhead-Milieu und teils mit deutlichen Überschneidungen, auf ähnliche Weise: Lokale Netzwerke verdichteten sich zu örtlichen Kameradschaften – in Brandenburg bspw. die Kameradschaft Oberhavel (1997 verboten). Lokale Kameradschaften schlossen sich zu regionalen Kameradschaftsverbänden zusammen – wie dem Kameradschaftsbund Barnim, einem Vorläufer des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES – oder koordinierten ihre Aktivitäten durch Dachstrukturen, z. B. Aktionsbüros.

Um 2000 fand ein bedeutender Teil dieser Szenen dann eine mal lose, mal festere Anbindung an die NPD. Hierfür sind die Aktivitäten des kürzlich verstorbenen NPD-Funktionärs Frank Schwerdt von herausgehobener Bedeutung. Schwerdt hatte sich 1991 an der Gründung eines Vereins DIE NATIONALEN E. V. beteiligt. Seit Mitte der 1990er war er als Netzwerker zwischen alten rechtsextremen Milieu-Verbindungen, NPD und Kameradschaftsspektrum im Berlin-Brandenburger Raum, und in den späteren 1990ern auch in Mitteldeutschland, so in Teilen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, fast allgegenwärtig. Von herausragender Bedeutung war das Nationale Medienprojekt, dessen Kern die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) bildete.²⁹ Es darf nicht verwundern, dass sich immer wieder punktuelle Verbindungen zur Kameradschaft Jena, dem THÜRINGER HEIMATSCHUTZ und

²⁸ Vgl. Kleffner, Aufklärung, S. 118ff.; Baumgärtner, Sieg.

²⁹ Vgl. Antifaschistisches Presse-Archiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (Hg.), Die „Berlin-Brandenburger Zeitung“. Von der Legalität neofaschistischer Propaganda, Berlin 1997.

dessen Aktivisten inklusive Uwe Mundlos aufzeigen lassen; dass Uwe Böhnhardt gelegentlich als Fahrer Schwerdts Geld verdiente, hat dieser einräumen müssen. 1997 lösten DIE NATIONALEN E.V. sich selbst auf und überführten den Verein in die NPD. Wegen ihrer engen Verbindungen zur Kameradschaft Oberhavel fürchteten sie wohl staatliche Repression oder ein Verbot.

Kopke zu Folge waren DIE NATIONALEN E.V. ein „wichtiger Motor, der die Organisierung von Angehörigen lebensweltlicher Milieus [im Rechtsextremismus, Anm. GB] in explizit politische Gruppen wesentlich belebte. [...] In der Krise der ‚nationalen Opposition‘ Mitte der 1990er Jahre, als organisatorische Strukturen durch staatliche Intervention zerschlagen wurden, während die NPD im Neonazi-Spektrum noch nicht als Ersatzorganisation akzeptiert wurde und auch selbst noch mit ihrer Öffnung [gegenüber Neonazis, Anm. GB] zögerte, sorgten Schwerdt und seine Mitstreiter für ein Mindestmaß an Kontinuität und stellten einen überregionalen Organisationsrahmen zur Verfügung“.³⁰

Als NPD-Funktionär hat Schwerdt weiter am Aufbau des Kameradschaftsnetzwerkes mitgewirkt und seine Anbindung an die NPD befördert. Hier in Brandenburg galt er unter anderem als Mentor des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES. Bei dessen Gründung im November 2001 stand ganz offensichtlich der THÜRINGER HEIMATSCHUTZ Pate, die Dachstruktur, der das NSU-Kerntrio angehört hatte und an deren Aufbau Schwerdt offenbar auch beteiligt war.

³⁰ Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 76f.

Gegen Ende der „Latenz-Phase“ gelang es auch, die HEIMATTREUE DEUTSCHE JUGEND zum funktionalen Ersatz für die verbotene Wiking Jugend zu machen.³¹ Motor waren damals Kräfte aus dem Berlin-Brandenburger Raum. Maik E., auf dessen Privatgelände 2011 sein Zwillingbruder Andre E. wegen des Vorwurfs der Unterstützung des NSU-Trios verhaftet wurde, gilt als einer der Brandenburger Aktivisten der HDJ.³² Es wäre interessant zu wissen, ob die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde auch in dieser Organisation oder ihrem unmittelbaren Umfeld über V-Leute verfügte. Wenn dies der Fall sein sollte, wäre ferner zu fragen, ob und in welchem Umfang sich die V-Person(en) am Auf- und Ausbau der HDJ beteiligten, mit der das neonazistische Lager die empfindliche Lücke zu schließen vermochte, die durch das Verbot der WJ gerissen worden war.

Ich stelle diese Frage auch vor dem Hintergrund von Beobachtungen, die im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes während der Restrukturierungsphase des rechtsextremen Lagers gemacht wurden. Denn in diese entscheidende Phase fällt ja auch die Ausarbeitung eines Thesenpapiers des Bundeskriminalamts, das sich kritisch mit dem Einsatz von V-Personen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auseinandersetzte. In diesem bereits auf den 3. Februar 1997 datierten Papier wird frühzeitig die Frage aufgeworfen, „ob bestimmte Aktionen oder innovative Aktivitäten dieser Quellen [i.e.: V-Leute der Verfassungsschutz-Ämter, G.B.] überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten“,³³ wenn sie nicht für den Verfassungsschutz tätig geworden wären.

³¹ Vgl. Andrea Röpke, Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“, Dresden 2. Aufl. 2008; für Brandenburg vgl. auch Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 82f.

³² Vgl. Maik Baumgärtner, Weiße Bruderschaft. Die Netzwerke des Neonazi-Kaders Maik Eminger, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 139-147. – Zur in Frage 2) erwähnten BEWEGUNG NEUE ORDNUNG/SCHUTZBUND DEUTSCHLAND, mit der Maik E. ebenfalls in Verbindung stand, vgl. Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 81f.

³³ Hier zit. n.: Dirk Laabs, Der Verfassungsschutz und der NSU, in: Wolfgang Frindte et al. (Hg.), Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2015, S. 225-257, Zitat: S. 236

Die Beschäftigung mit der Latenz-Phase ab 1996 wirft in der Tat die Frage auf, welche Rolle die beteiligten Nachrichtendienste spielten. Denn an entscheidenden Positionen begegnen uns immer wieder Aktivisten, die nach heutigem Kenntnisstand als V-Personen tätig waren. Im Land Brandenburg ist die auffälligste Persönlichkeit in dieser Hinsicht der V-Mann, den die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde seit 1994 unter dem Tarnnamen PIATTO führte.³⁴ Wir müssen aber befürchten, dass auch in anderen Zusammenhängen V-Leute an maßgeblicher Position beteiligt waren, als sich das rechtsextreme Lager in dieser Phase sowohl regenerierte als auch radikalisierte. Das gilt etwa für BLOOD & HONOUR, die Kameradschaften, die DIE NATIONALEN E.V., die HDJ und andere, die stabile Strukturen aufbauten, wo zuvor keine (mehr) bestanden hatten.

³⁴ Vgl. Kleffner, Aufklärung [mit Informationen zum geplanten Aufbau einer Gruppe des in Frage 2) erwähnten KU-KLUX-KLAN]; vgl. auch Antonia v. d. Behrens, Gedächtnislücken und gesperrte Akten. Der brandenburgische Verfassungsschutz im NSU-Prozess, in: ebd., S. 198-209; sowie Laabs, V-Mann-Karriere; Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014, S. 28ff., 434ff. und passim.

III.

[Folie 10]

Dass die Verfassungsschutzbehörden auf Grundlage nachrichtendienstlich gewonnener Informationen durchaus von einer Gefährdungslage ausgingen und eine einigermaßen realistische Gesamteinschätzung gehabt haben, hat Dirk Laabs überzeugend aufgezeigt.³⁵

Die Öffentlichkeit stellt hier freilich die Frage, ob der Einsatz von V-Leuten in diesem Umfang nötig gewesen wäre, oder ob sich eine realistische Gefahrenabschätzung auch aus öffentlich zugänglichen Quellen zumindest für die Spezialistinnen und Spezialisten gewinnen ließ, die professionell als Journalisten und Wissenschaftler oder im Präventionsbereich mit dem Thema konfrontiert waren, beziehungsweise auch für die zivilgesellschaftlich Engagierten, einschließlich so genannter antifaschistischer Recherchenetzwerke. Ich kann diese Frage nicht umfassend oder abschließend beantworten. Um nicht im rein hypothetischen zu verbleiben, werde ich einige kurze Schlaglichter auf den Erkenntnisstand geben, der außerhalb der Lagebeurteilungen von Polizei und Verfassungsschutz öffentlich zugänglich war. Vollständigkeit ist nicht angestrebt.

1996 erschien ein Buch unter dem Titel „Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs“. Der Begriff „Untergrund“ ist bemerkenswert. Tatsächlich warnt das Buch über weite Strecken vor „Vorbereitungen für terroristische Neonazi-Aktionen“, und „organisierten Ansätze[n] zum Aufbau einer Terrorstruktur“.³⁶ Seine Informationen bezogen sich oft auf Entwicklungen im Land Brandenburg.

³⁵ Vgl. Laabs, Verfassungsschutz.

³⁶ Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs, Hamburg 1996, S. 41. – Von einem „Terroruntergrund“ sprechen auch Dornbusch/Raabe, RechtsRock, S. 76.

Wie vielen Produkte „antifaschistischer Recherche“ – so das Selbstverständnis dieser zwischen Laien-Journalismus und politischem Engagement angesiedelten Publizistik – ist das Buch nicht frei von Zuschreibungen und Mutmaßungen, darunter auch schwer überprüfbare Faktenbehauptungen. Doch gerade im Rückblick und vor dem Hintergrund des heutigen Wissens um den NSU und sein Umfeld zeigt sich, dass gerade der „Drahtzieher“ von vergleichbar hoher Qualität ist und viele der hier angedeuteten Spuren sich nachträglich als richtig erweisen. Im Land Brandenburg kam aus dieser Richtung noch das unregelmäßig erscheinende Zirkular „Hinter den Kulissen“ hinzu, das frühzeitig und mit erstaunlichem Gespür genau auf diejenigen Zirkel und Netzwerke aufmerksam gemacht hat, die sich im weiteren Verlauf als bedeutsam für die Entstehung organisierter rechter Gewalt erwiesen.

Gehörten antifaschistische Recherche-Gruppen mithin zu den ersten, die auf die Gefahr eines entstehenden rechten „Terror-Untergrunds“ aufmerksam machten, so waren sie sicherlich nicht die einzigen. So analysierte Bernd Wagner im Rahmen des „Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur“ die Entstehung einer äußerst gewalttätigen rechtsextremen Alltagskultur in den neuen Ländern, die den Hintergrund (proto-) terroristischer Gewalttaten bildete. Seine Ergebnisse leitete er sehr oft auf Erfahrungen aus den Kommunen des Landes Brandenburg ab.³⁷

³⁷ Vgl. bes.: Rechtsextreme Militanz – kulturelle Hegemonie – Rechtsextreme in den Neuen Medien (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 2/1997); Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Sonderausgabe 1998); „National befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 1/1998).

1998 gründete sich die zivilgesellschaftliche Initiative „Opferperspektive e. V.“, die wie kein anderer Akteur im Land Brandenburg auf rechtsextreme Gewalttaten und v.a. auf deren Opfer aufmerksam machte.³⁸ Für die „öffentliche Wahrnehmung“ von „massiven Kapitalverbrechen“, nach der Sie sich in Frage 3) erkundigen, war und ist die Opferperspektive im Land Brandenburg von herausragender Bedeutung.

Hinzu kamen gut und gründlich arbeitende Journalistinnen und Journalisten, für die stellvertretend auf den Autor des Berliner Tagesspiegel, Frank Jansen verwiesen werden darf. Jansen recherchierte ausgiebig und beharrlich zu Tötungsdelikten und anderen schweren Gewalttaten und veröffentlichte im Jahr 2000 gemeinsam mit seiner Kollegin Heike Kleffner (damals Frankfurter Rundschau) die bekannte Liste über Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt. Von Anfang an nahmen Taten aus dem Land Brandenburg hier zahlenmäßig eine herausragende Stellung ein.³⁹

Demgegenüber finden wir aus dem Kernbereich der akademischen Rechtsextremismusforschung fast keine zeitgenössischen Prognosen aus der Latenz-Phase und der darauf folgenden Phase (proto-) terroristischer Gewalt, die auf die Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus hindeuten. Die politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung unterschätzte die Brisanz des Themenfelds offenbar systematisch. Sie orientierte sich teilweise an einem Credo von Eckhard Jesse, dem Nestor der generischen Extremismusforschung, der 1996 an prominenter Stelle behauptet hatte, „Sensibilität gegenüber Gefahren von rechts“ habe sich in eine „Hypersensibilität“ gesteigert, der „Blick nach rechts“ sei „überscharf entwickelt“.⁴⁰

³⁸ Vgl. Opferperspektive e. V. (Hg.), Rassistische Diskriminierung.

³⁹ Zur Aufarbeitung der Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg vgl. u.a. Dorina Feldmann/Christoph Kopke/Gebhard Schultz, Todesopfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt in Brandenburg (1990-2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität, in: Frindte et al. (Hg.), Rechtsextremismus, S. 341-358.

⁴⁰ Eckhard Jesse, Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd

Eigentlich fällt mir nur ein Text von hauptberuflich im akademischen Wissenschaftsbetrieb arbeitenden Fachkollegen ein, der in dieser Zeit zu einer realistischen Einschätzung kam: Ein Beitrag zu den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ von Hajo Funke und Lars Rensmann. Der Artikel erschien übrigens im Septemberheft 2000, also gut eine Woche bevor der NSU am 9. September in Nürnberg Enver Şimşek, das erste Opfer der rassistischen Mordserie, erschoss. Dort schreiben die Berliner Politikwissenschaftler:

[Folie 11]

„Neben einem quantitativen Anstieg rechtsextremer Gewalt ist vor allem eine Veränderung hinsichtlich der Intensität und Brutalität des Vorgehens zu verzeichnen. Dazu zählt etwa die gestiegene Bereitschaft, sich mit Pistolen, Maschinengewehren und Sprengstoff zu bewaffnen. Auch die lokale Gewalt informeller Gruppen bewegt sich am Rand des Terrorismus. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime werden häufig gezielt geplant.“⁴¹ Auch Funke und Rensmann stützten sich dabei auf Beobachtungen, die zu einem bedeutenden Teil im Land Brandenburg gemacht wurden.⁴²

Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996 (= PVS-Sonderheft 27), S. 514-529, Zitate: S. 524 u. 526.

⁴¹ Hajo Funke/Lars Rensmann, Kinder der Einheit. Oder: Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2000), S. 1069-1078, Zitat: S. 1070. – Am selben Ort schrieb ich im folgenden Jahr: „Der Einfluß des internationalen Neo-Rassismus führt zu einer stärkeren Ideologisierung, die ihrerseits eine Radikalisierung auf der Handlungsebene nach sich zieht. [...] [M]it der Veränderung der Ziele geht die der propagierten Mittel einher. An die Stelle von Springerstiefeln und Baseball-Keulen sollen verstärkt Bomben und Zielgewehre treten. Blood & Honour versucht, unter der Bezeichnung Combat 18 einen bewaffneten Arm der Bewegung aufzubauen. Die britischen und schwedischen Aktivisten des Netzwerkes leiteten 1999 den heiligen Rassenkrieg auf europäischem Boden ein: Drei Sprengstoffanschläge in London, mehrere Morde und Mordversuche in Schweden gehen unmittelbar von jenem Spektrum aus, das die rechtsextreme Musik produziert und verbreitet. [...] Mittelfristig könnten die eigenen Ankündigungen und die Aktivitäten der ausländischen Gesinnungsgenossen Zugzwang erzeugen. Waffen und Kenntnisse sind auch in Deutschland in ausreichendem Maße vorhanden.“ (Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda, S. 342f.).

⁴² Vgl. auch Funke, Paranoia; sowie ein bei Funke durchgeführtes studentisches Forschungsprojekt: Ralph Gabriel et al., Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und Demokratischem Engagement, Berlin 2004.

Zu diesem Zeitpunkt war aber der gesamten Öffentlichkeit noch nicht bekannt, dass sich bereits eine Zelle formiert hatte und schwere Gewalttaten vorbereitete. Ich möchte damit verdeutlichen, dass die Gefahren eines neuen, aus dem Spektrum der Neonazi-Kameradschaften und des BLOOD & HONOUR-Netzwerkes hervorgehenden Rechtsterrorismus auch ohne den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln in einem begrenzten Kreis der Fachöffentlichkeit gesehen und einigermaßen realistisch beschrieben worden sind.

IV.

[Folie 12]

Auf Ihre vierte Frage, sehr geehrte Abgeordnete, möchte ich nur noch kurz eingehen.

Eine genaue Kenntnis des rechtsextremistischen Lagers, seiner Ideologie, Propaganda und Praxis halte ich nach wie vor für die Voraussetzung, um realistische Lageeinschätzungen und Zukunftsprognosen zu ermöglichen. Da die wissenschaftliche Analyse- und Prognose-Fähigkeit nach wie vor unterentwickelt ist, kommt ihr aus unserer Sicht hohe Bedeutung zu. Wir sind dem Landtag und der Landesregierung daher besonders dankbar, dass sie unser Institut mit ergänzenden Mitteln zum Ausbau einer Forschungs- und Dokumentationsstelle ausgestattet hat, und hoffen, dass diese Mittelzuweisung auf Dauer gestellt wird.

Für unbedingt notwendig halte ich die dauernde und sichere Ausstattung der Opferperspektive e. V. mit den für ihre Arbeit nötigen Mitteln durch das Land.

Hilfreich wäre die Stärkung der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der Opferperspektive und den Sicherheitsbehörden, namentlich der Polizei. Zu denken wäre beispielsweise an die Einrichtung einer Art Clearing-Stelle, z.B. beim Polizeipräsidenten oder beim LKA, die im Konfliktfall schnell und unbürokratisch Rückkoppelungen erlaubt.

Denn der relativ erfolgreiche Brandenburgische Weg der Prävention von Rechtsextremismus hängt seit Jahren von dem erstaunlich hohen Maß an Austausch zwischen einzelnen Akteuren ab. Kommunikation, Transparenz und Lernfähigkeit sind zentrale Elemente dieser spezifisch brandenburgischen demokratischen Kultur.

Im Zusammenhang mit der NSU-Aufklärung würde ich mir wünschen, dass das Innenministerium und die hiesige Verfassungsschutzbehörde sehr gründlich überlegen, an welcher Stelle Geheimhaltung wirklich dem Schutz unserer Demokratie dient. Brandenburg hat oft in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus den Mut bewiesen, eigene und unorthodoxe Wege zu gehen, die sich dann auf mittlere Sicht als die richtigen erwiesen haben. Wir hätten die Chance dazu auch im Falle der Aufklärung des NSU-Komplexes.

Jenseits der Frage, ab welchem Moment Quellenschutz zu „Täterschutz“ werde oder die Aufklärung des hoch kriminellen NSU-Komplexes behindere, gibt es Fragen, die das Innenministerium, die der Verfassungsschutz ohne Verlust schon jetzt beantworten können. Nach meiner Auffassung muss im Mittelpunkt die Frage stehen, warum Nachrichtendienste sich Mitte der 1990er Jahre dafür entschieden haben, offenbar systematisch V-Leute an Positionen einzusetzen, wo es schlechterdings keine relevanten extremistischen oder terroristischen Strukturen mehr gab und teilweise auch nie gegeben hat. Dies geschah nämlich, ob beabsichtigt oder nicht, in einer Weise, dass diese V-Leute letztendlich maßgeblich Anteil hatten, entsprechende Strukturen erst zu schaffen. Die aktengestützte Aufklärung dieser übergeordneten Frage dient sowohl dem historischen Verständnis über die Entfaltung des rechtsextremen Lagers in Brandenburg wie der Vermeidung künftiger Fehler durch die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – auch mit Blick auf andere terroristische Gefahrenpotenziale.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Folie 13]